

GESUNDHEITSKOSTEN

Sparpotenzial bei Medikamentenpreisen: Bundesrat Berset zögert Gesundheitsreform hinaus

von Anna Wanner - CH Media • 24.8.2019 um 05:00 Uhr



Der Griff zum teureren Medikament ist die Regel, nicht die Ausnahme.

© CH Media

Bei den Medikamentenpreisen liessen sich mehrere hundert Millionen Franken sparen, indem der Bundesrat

eine Verordnung ändert. Doch sein Entscheid lässt auf sich warten.

Wie einfach sich im Gesundheitswesen sparen liesse, zeigt sich beim Verkauf von Medikamenten sehr anschaulich. Verschreibt ein Arzt das **Schmerzmittel Paracetamol**, kann er unter verschiedenen Anbietern mit identischen Produkten auswählen.

Erstaunlich: Auf dem Rezept-Zettel des Patienten steht viel häufiger das teurere Dafalgan (27.50 Franken) als das um 32 Prozent günstigere Paracetamol-Produkt von Sandoz (18.65 Franken). Wieso wählen also Ärzte und auch Apotheker nachweislich allzu selten die günstigere Variante?

WERBUNG



inRead invented by Teads

Preisabhängige Margen führen zu Fehlverhalten

Gerne wird mit Gewohnheit argumentiert: Ärzte verschreiben das Medikament, das sie kennen. Doch stecken auch handfeste, finanzielle Anreize dahinter. **Wer ein teureres Medikament verkauft,**

verdient besser daran. Der Verkäufer erhält beim Dafalgan eine Marge von 13.60 Franken, beim Produkt von Sandoz 9.10 Franken.

Von der heutigen Vertriebsmarge profitieren nicht nur Ärzte, die selbst Medikamente abgeben dürfen. Hauptsächlich Apotheker sind auf die Einkünfte der Marge angewiesen, die sich nach dem Preis richtet. Die Folgen: **Diese Fehlanreize im System betreffen letztlich alle Versicherten. Da rezeptpflichtige Medikamente über die Krankenkasse abgerechnet werden können, zahlt die Allgemeinheit den unnötig höheren Preis über die Prämien.**

Bundesrat hat Entscheid auf lange Bank geschoben

Der Bundesrat hat längst versprochen, sich der Sache anzunehmen. Vor bald einem Jahr schickte er zwei Vorschläge in die Vernehmlassung, wie er die Marge anpassen will, um den Fehlanreiz beim Verkauf zu minimieren. **Über beide vorgeschlagenen Änderungen liessen sich laut Bundesrat Kosten in der Höhe von 50 Millionen Franken sparen.**

Mit einer radikaleren Umsetzung liegen gar über 330 Millionen Franken an Einsparungen drin, wie der Krankenkassenverband Santésuisse berechnet hat. Trotzdem zögert der Bundesrat, der die Vertriebsmarge über eine Verordnungsänderung im Alleingang anpassen könnte. Nur schiebt er den Entscheid, der für Anfang Juli angekündigt war, weiter vor sich her.

Bundesrat Alain Berset hat am Mittwoch erklärt, die Änderung sei eine sehr schwierige Frage. «Es darf nicht sein, dass die billigsten Medikamente einen riesen Sprung bei den Preisen machen», sagte der Gesundheitsminister. Grundsätzlich arbeite das Departement weiterhin an einer Änderung.

Apotheker signalisieren Bereitschaft für Änderung

Nun ist die Abschaffung der preisabhängigen Marge tatsächlich nicht gratis zu haben. Das liegt daran, dass Apotheker und Ärzte für Logistik sowie Lagerung von Medikamenten abgegolten werden müssen. Die preisabhängige Marge ohne Ersatz abzuschaffen, würde die Apotheker in ihrer Existenz bedrohen.

Die Alternative ist ein Fixmarge, die sich unabhängig vom Preis definiert. Allerdings belastet diese den Preis günstiger Medikamente ungleich stärker. Obwohl sich namentlich die Krankenkassen für eine Änderung der Margen-Regelung einsetzen, haben zuletzt sogar die Apotheker signalisiert, dass sie Hand bieten, um die Fehlanreize aus dem System zu tilgen.

Mit der Folge, dass tiefpreisige Medikamente teurer werden. Apotheker wünschen sich gar einen Wechsel: Sie streichen beim Verkauf tiefpreisiger Medikamente heute einen Verlust ein - und müssen das Geschäft über teurere Produkte quersubventionieren.

Ob die Reform noch kommt, ist ungewiss

Ob die Änderung je umgesetzt wird, ist trotzdem ungewiss. Als nächstes soll die Gesundheitskommission darüber beraten, obwohl die Parteien bereits Stellung genommen haben und das Parlament gar nicht über Verordnungsänderungen entscheiden kann.

Inwiefern die Gesundheitspolitiker den Bundesrat noch beeinflussen können, ist unklar. Die Sorgen um deutlich höhere Preise bei bisher günstigen Medikamenten scheinen auch in der Kommission verbreitet zu sein: Die Änderung gilt als schwer vermittelbar - gerade vor den Wahlen. Ob sich die neue Marge so negativ auf die Patienten auswirkt, ist fraglich.

Um das eingangs erwähnte Beispiel zu bemühen: Der Apotheker könnte beim Verkauf von Paracetamol mit dem teureren Dafalgan nicht mehr Geld verdienen. Und auch wenn das billigere Produkt

wegen der neuen Marge ein paar Franken mehr kostet, ist es immer noch günstiger als das teurere Dafalgan.



AUTOR

Anna Wanner

© Copyright 2010 – 2019, bz - Zeitung für die
Region Basel